

27 SEPTEMBRE 1940

949

388

E 2001 (D) 7/35

*Le Directeur de la Division du Commerce du Département  
de l'Economie publique, J. Hotz, au Chef  
de la Division des Affaires étrangères du Département politique, P. Bonna*

L Wirtschaftsdienst der schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate

Bern, 27. September 1940

Unter Bezugnahme auf die Besprechung vom 24. dies beehre ich mich, Ihnen der Ordnung halber folgendes zu bestätigen:

Ich habe Ihnen insbesondere die nachstehenden Bitten unterbreitet:

1. Weitestmögliche Stabilität hinsichtlich der Belassung wirtschaftlicher Sachverständiger auf wirtschaftlich wichtigen Auslandsposten.
2. Grösseres Mitspracherecht der Handelsabteilung bei der Besetzung von Auslandsvertretungen und insbesondere auch bei Versetzungen.
3. Bessere Dotierung einzelner wirtschaftlicher Mitarbeiter im Aussendienst in bezug auf den Gehalt und die Hilfsmittel.

Ich habe eindringlich auf die Gründe hingewiesen, aus denen nicht nur ich, sondern auch die schweizerischen Wirtschaftskreise unter den gegenwärtigen Umständen mehr als je eine unbedingt erstklassige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen unseres Landes durch die diplomatischen und konsularischen Vertreter im Ausland verlangen müssen.

In seiner Doppelseigenschaft als Handelsvertragsunterhändler und Direktor des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins hat Herr Dr. Homberger meine Ausführungen unterstrichen und insbesondere auch einige konkrete Fälle aufgeführt, in denen der Wirtschaftsdienst von Gesandtschaften unbedingt raschestens verbessert werden muss.

Herr Dr. Ebrard hat dann auf Grund seiner praktischen Erfahrungen als Unterhändler im Osten und im Balkan verschiedene Übelstände noch näher beleuchtet.

Ich glaube, davon absehen zu können, die Begründungen hier zu wiederholen; sie eignen sich übrigens zum Teil auch nicht für eine schriftliche Wiedergabe.

Vor allem möchte ich Ihnen und auch Herrn Dr. Stucki für die verständnisvolle Würdigung danken, die Sie unsern Wünschen und Argumenten entgegengebracht haben.

Wenn ich mir gestatte, noch auf einen Punkt besonders zurückzukommen, so geschieht es, weil – zweifelsohne ungewollt – durch Ihre Erwiderung der Eindruck erweckt werden konnte, als ob Sie die von mir und den genannten Herren geäusserte Befürchtung der Aushöhlung der Gesandtschaften und Konsulate durch Selbsthilfeorganisationen der Wirtschaftskreise etwas leichter nähmen als wir und als ob Sie demnach Selbsthilfeaktionen der in Frage stehenden Art nicht als besonders bedenklich betrachteten. Sollte der entstandene Eindruck richtig sein, so möchte ich mir gestatten, darauf hinzuweisen, dass sowohl nach

der Auffassung des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins als Vertreter der schweizerischen Exportkreise als auch nach derjenigen unseres Departements die Gesandtschaften und Konsulate unbedingt die wirtschaftlichen Belange unseres Landes vollwertig vertreten müssen. Es gibt sehr viele Posten, bei denen sich die Aufrechterhaltung einer Gesandtschaft weder aus politischen Notwendigkeiten heraus, noch wegen des Umfanges der Schweizerkolonie rechtfertigen liesse, während sie in wirtschaftlicher Hinsicht unentbehrlich ist. Ihr Wirtschaftsdienst kann nicht vollgültig durch Selbsthilfeorganisationen irgendwelcher Art ersetzt werden. Auch nur eine Aushöhlung der offiziellen Auslandsvertretungen durch die Schaffung von Selbsthilfevertretungen der Industrie könnten wir nicht auf die leichte Schulter nehmen und überhaupt nicht zulassen. Es ist dies übrigens auch nicht das, was die Exportindustrie in erster Linie wünscht; sie schreitet zur Selbsthilfe nur dann, wenn unsere Auslandsvertretungen in wirtschaftlicher Hinsicht versagen. Wir haben Ihnen dafür konkrete Beispiele genannt. Eine solche Ersetzung des Wirtschaftsdienstes der offiziellen Vertretungen durch mehr oder weniger private Gebilde widerspräche übrigens den wiederholt geäusserten Wünschen der eidgenössischen Räte und müsste unserm Lande unermesslichen Schaden bringen, weil eben in mancher Hinsicht die betreffenden Gebilde nicht diejenigen Dienste leisten können, die von einer amtlichen Vertretung erwartet werden dürfen.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn, wie ich hoffe, es eigentlich gar nicht nötig gewesen wäre, auf diesen Punkt noch besonders zurückzukommen. Es lag mir aber daran, in dieser prinzipiellen Hinsicht auch nicht den geringsten Zweifel bestehen zu lassen, da eine Meinungsverschiedenheit in dieser grundsätzlichen Frage sich unbedingt unheilvoll auswirken müsste.

Was die für bestimmte Fälle in Aussicht genommenen Veränderungen bei einzelnen Posten betrifft, so möchte ich Ihnen, auch im Namen von Herrn Direktor Homberger, noch ganz besonders für Ihr Entgegenkommen danken.